

Die Landesregierung hat es gut gemeint, aber bei der Formulierung des Gesetzes Fehler gemacht.

So hätte man den Kommunen mehr Freiheiten bei der Ausgestaltung einräumen müssen, da den Ausschussvorsitzenden in den einzelnen Kommunen unterschiedlich hoher Aufwand abverlangt wird.

# Verzicht auf Politikerbonus ist Privatsache

## Rat kann ihn doch nicht beschließen Fraktionen appellieren an Vorsitzende

Von Sebastian Smulka

**Unna. Die Politik wird vermutlich keinen Versuch unternehmen, sich gegen eine zusätzliche Bezahlung der Ausschussvorsitzenden zu wehren. Stattdessen setzt sie auf den freiwilligen Verzicht.**

Die Frage der zusätzlichen Aufwandsentschädigung ist rechtlich weiterhin schwer zu greifen. Ein Landesgesetz sieht vor, dass die Vorsitzenden politischer Fachausschüsse eine zusätzliche Aufwandsentschädigung erhalten. Einerseits lässt das Gesetz den Kommunen die Möglichkeit, einige Ausschüsse davon auszunehmen. Als klar erscheint inzwischen aber auch, dass die Stadt keineswegs die Möglichkeit hat, gleich alle Ausschüsse von der Bonusliste zu streichen. Wo nun die Grenze liegt, ist unklar. Und inzwischen scheint das Interesse der Politik, sich auf die Suche zu machen, eingeschränkt.

Stattdessen bevorzugt sie nun ein anderes Modell: Jeder der Begünstigten hätte auch die Möglichkeit, persönlich seinen Verzicht auf diese Zahlung zu erklären. Dazu könne zwar niemand per Ratsbeschluss verpflichtet werden, doch die Fraktionen scheinen sich einig zu sein, den von ihnen gestellten Ausschussvorsitzenden einen solchen Verzicht nahe-zulegen. Dies würde der Po-

litik dann auch die Möglichkeit geben, an einem von der SPD eingebrachten Gedanken festzuhalten: Das Geld einfach anderweitig zu verteilen, um das Ehrenamt in Unna zu unterstützen. Ziehen alle Ausschussvorsitzenden mit, stünden jährlich gut 51.000 Euro zur Verfügung.

Begünstigt vom Gesetz wären die Vorsitzenden von elf Fachausschüssen. Davon werden sechs von einem SPD-Ratsmitglied geführt, vier sind in den Händen der CDU und in zwei Ausschüssen stellen die Bündnisgrünen den Vorsitzenden. Für die elf Ratsmitglieder in besonderer Funktion müsste die Stadt monatlich 386,80 Euro zahlen – so leitet es sich aus der Entschädigungsverordnung des Landes ab.

Welches Verhältnis von Bezügen und Aufwand dabei besteht, rechnete FLU-Fraktionschef Klaus Göldner vor: Ausgezahlt würden den Ausschussvorsitzenden jährlich 4641,60 Euro. Der durchschnittliche Ausschuss tagt aber nur viermal im Jahr, was einer Vergütung von 1160,40 Euro pro Sitzung entspricht. Wenn man die statistisch nicht erfasste Vorbereitungs-dauer außer acht lässt und allein die Moderationsleistung bei der um Durchschnitt 95 Minuten langen Sitzung veranschlagt, käme ein Stundenlohn von etwa 732,88 Euro dabei heraus.